

# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika



Jahrgang 33/2018 No. 9-10

**abgeschlossen am  
30. Oktober 2018**

	<u>Seite</u>
<b>1. Senat bestätigt Brett Kavanaugh für <i>Supreme Court</i> nach scharfer Kontroverse</b>	<b>1</b>
<b>2. Haushaltsbewilligung 2019 nur in Teilen abgeschlossen</b>	<b>3</b>
<b>3. Verteidigungsbewilligungsgesetz 2019 verabschiedet</b>	<b>4</b>
<b>4. VN-Botschafterin Nikki Haley kündigt Rücktritt zum Jahresanfang 2019 an</b>	<b>8</b>
<b>5. Harsche Kritik im Kongress an Präsident Trumps Reaktion im Fall Khashoggi</b>	<b>9</b>
<b>6. Kongress verabschiedet Gesetz gegen Opiat-Missbrauch mit breiten Mehrheiten</b>	<b>10</b>
<b>7. Senat nimmt Abschied von John McCain</b>	<b>11</b>
<b>8. Ausgang der Zwischenwahlen 2018 unsicher</b>	<b>13</b>

## 1. Senat bestätigt Brett Kavanaugh für *Supreme Court* nach scharfer Kontroverse

Der Senat hat Anfang Oktober 2018 den von Präsident Trump nominierten Kandidaten für den *Supreme Court*, Judge Brett Kavanaugh, mit knapper Mehrheit bestätigt. 50 Senatsmitglieder stimmten für Brett Kavanaugh, 48 gegen ihn.

Mit der republikanischen Mehrheit stimmte nur der demokratische Senator Joe Manchin (West Virginia). Lisa Murkowski, die republikanische Senatorin von Alaska, enthielt sich der Stimme, obwohl sie die Bestätigung Kavanaughs zuvor ablehnte. Der republikanische Senator Steve Daines (Montana) blieb der Abstimmung wegen der Heirat seiner Tochter fern.

Die republikanische Parteiführung um Senator Mitch McConnell (Kentucky) hatte gehofft, den Zuspruch einer Reihe von Demokraten aus Bundesstaaten, die Präsident Trump 2016 für sich gewonnen hatte, zu erhalten. Überparteiliche Zustimmung gilt üblicherweise als Ausweis für die große fachliche Kompetenz von Kandidaten für den Obersten Gerichtshof.

Die Nominierung Kavanaughs war von Anfang an auch deshalb hoch kontrovers, weil sie von Präsident Trump wie den Republikanern als Einlösung des Versprechens einer konservativen Wende im *Supreme Court* dargestellt wurde (siehe Congress Report, 33, 2018, Heft 5-8, S.1 ff.).

Die demokratische Minderheit im Senat befürchtet im Zuge der Bestätigung Kavanaughs vor allem weitere Einschränkungen der Rechte von Frauen (Abtreibungsrecht) und Minderheiten (Wahlrecht) sowie die Stärkung von Unternehmerrechten gegenüber Arbeitnehmern und Gewerkschaften.

Unter den Vorzeichen der Trump-Präsidentschaft löste besonders Kavanaughs Position, amtierenden Präsidenten Immunität vor rechtlichen Untersuchungen und Anklagen zu gewähren, Kritik aus. Kavanaugh begründete seine Rechtsposition mit seinen Erfahrungen als Mitarbeiter Präsident George W. Bushs (*White House Staff Secretary*). Allerdings fügte er hinzu, dass eine solche temporäre Immunität eine explizite gesetzliche Regelung erfordere.

Nach dem Ende der von scharfen Wortgefechten geprägten Anhörungen kam es dann zu einer vollkommen unerwarteten Wendung, die die Bestätigung Kavanaugh zeitweise in Frage zu stellen schien. Ein Brief einer Psychologie-Professorin aus Kalifornien an Senatorin Dianne Feinstein (D-California) gelangte an die Öffentlichkeit, in dem Kavanaugh schwere sexuelle Übergriffe und eine versuchte Vergewaltigung vorgeworfen wurden. Dies löste einen großen Proteststurm gegen die Nominierung Kavanaughs aus.

Richter Kavanaugh wies alle erhobenen Vorwürfe kategorisch zurück und zeigte sich empört über die Angriffe gegen seine Person. Präsident Trump und die republikanische

Führung im Senat stellten sich im Zuge der erhobenen Anschuldigungen ohne Wenn und Aber hinter ihn.

Die starken Proteste in und um den Kongress, zumeist von Frauen, die einen besseren Schutz vor sexualisierter Gewalt forderten, zwangen die Republikaner jedoch zu einer erneuten Anhörung, zu der auch Dr. Blasey-Ford, jene Psychologin, die die Vorwürfe erhoben hatte, geladen wurde.

Blasey-Ford schilderte eindrucksvoll und sichtlich aufgewühlt ihre Sicht der Ereignisse. Sie räumte auch ein, dass sie sich an manche Umstände des sexuellen Übergriffs auf sie, der vor mehr als 30 Jahren stattgefunden hatte, nicht genau erinnern könne. Insbesondere das Datum und den genauen Ort der Studentenparty, auf der sie nach ihrer Darstellung Brett Kavanaugh sexuell angegriffen hatte, konnte sie nicht mehr benennen.

Präsident Trump bezeichnete Dr. Blasey-Ford als sehr glaubwürdige Zeugin. Aber die Republikaner hatten sich bereits – wohl auf Anraten des Präsidenten – auf eine neue Strategie geeinigt, nämlich auf eine harte Gegenoffensive.

Kavanaugh bedauerte die schlimmen Erfahrungen von Dr. Blasey-Ford, bestand aber darauf, dass nicht er der sexuelle Angreifer gewesen sei. Sichtlich aufgebracht warf er den Demokraten die Inszenierung einer rein parteipolitisch motivierten Kampagne gegen ihn vor. Das einzigste Ziel der Diffamierungen gegen ihn, einen bisher vollkommen unbescholtenen Bürger und Bundesrichter, sei die Verhinderung seiner Ernennung zum Verfassungsrichter.

Unter dem Eindruck der anhaltenden Proteste forderten dann allerdings Susan Collins (R-Maine), Jeff Flake (R-Arizona) und Lisa Murkowski zusätzliche Hintergrund-Interviews der amerikanischen Bundespolizei FBI.

Präsident Trump und *Senate Majority Leader* McConnell lenkten angesichts der sich abzeichnenden knappen Abstimmungsverhältnisse im Senat ein. Die FBI-Interviews, die auf Anordnung Donald Trumps auf eine Handvoll bereits vernommener Personen beschränkt blieben, ergaben keine neuen Erkenntnisse. Dies war wenig überraschend, weil mit Ausnahme von Dr. Blasey-Ford keine neuen Zeugen vernommen wurden.

Damit war der Weg frei, die Bestätigung von Brett Kavanaugh mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit durchzusetzen. Kavanaugh wurde umgehend von *Chief Justice* John Roberts als Richter des *Supreme Court* vereidigt. Trump und die Republikaner feierten nicht nur die erfolgreiche Durchsetzung der Nominierung Kavanaughs, sondern scheinen auch darauf zu setzen, dass die hoch kontroversen Auseinandersetzungen zur Mobilisierung ihrer Wähler in den anstehenden Zwischenwahlen (Midterm Elections, vgl. Punkt 8) beitragen können.

## 2. Haushaltsbewilligung 2019 nur in Teilen abgeschlossen

Der Kongress hat die Bewilligung der 12 jährlich erforderlichen Appropriations Bills für das Haushaltsjahr 2019 nur in Teilen bis zum 1. Oktober 2018, dem offiziellen Beginn des neuen Budgetjahres, abgeschlossen. Repräsentantenhaus und Senat ist es jedoch gelungen, zwei sogenannte „Minibus“-Bewilligungsentscheidungen noch im September vorzunehmen.

Die eine Minibus Appropriations Bill umfasst drei Bewilligungsgesetze, nämlich die für Energie & Water Development, Legislative Branch und Military Construction/Veterans Affairs. Sie wurde vom Senat am 12. September 2018 mit 92:5 Stimmen und vom Repräsentantenhaus einen Tag darauf mit 377:20 Stimmen verabschiedet (H.R. 5895). Präsident Trump hat diese Bewilligungsentscheidung am 21. September unterzeichnet (Public Law 115-244).

Die zweite Minibus Appropriations Bill umfasst zwei Bewilligungsgesetze, nämlich die für Defense sowie für den Bereich Labor, Health and Human Services, and Education (vgl. dazu im Detail Punkt 3). Sie wurde vom Kongress ebenfalls im September verabschiedet und von Präsident Trump am 28. September 2018, also drei Tage vor dem offiziellen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2019, mit seiner Unterschrift versehen (Public Law 115-245).

Offen sind noch sieben der erforderlichen jährlichen Bewilligungsgesetzentscheidungen, nämlich für Agriculture, Commerce/Justice/Science, Financial Services and General Government, Homeland Security, Interior/Environment, State/Foreign Operations und Transportation. Deren Haushaltsansätze wurden vom Kongress im Wege einer Continuing Resolution, also eines Überbrückungshaushalts, zunächst bis zum 7. Dezember 2018 fortgeschrieben.

Sollte bis dahin, was angesichts der *Midterm Elections* (vgl. Punkt 8) wahrscheinlich erscheint, keine Entscheidung getroffen worden sein, muss der Kongress sich auf einen weiteren Überbrückungshaushalt verständigen, um die Schließung der betroffenen Bundesbehörden abzuwenden.

Der Haushaltsansatz 2019 im Bereich des *Discretionary Spending* hat einen Umfang von insgesamt 1,31 Billionen USD. Dem Kongress ist es in diesem Bereich der Haushaltsbewilligung, über den er im Gegensatz zu den sogenannten *Entitlements* (*Social Security, Medicare* und *Medicaid* sowie Schuldentilgung) über flexible Gestaltungsspielräume verfügt, das letzte Mal im Jahr 1997 gelungen zum rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres am 1. Oktober den Bewilligungsprozess in Gänze abzuschließen.

### 3. Verteidigungsbewilligungsgesetz 2019 verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben sich erstmals seit neun Jahren wieder fristgerecht vor dem offiziellen Beginn eines neuen Haushaltsjahres am 1. Oktober 2018 auf ein Verteidigungsbewilligungsgesetz 2019 („Department of Defense and Labor, Health and Human Services, and Education Appropriations Act, 2019“) einigen können.

In den USA liegt die Budgethoheit („Power of the Purse“) nach Maßgabe der amerikanischen Verfassung bei der legislativen Gewalt (Artikel I, 8). Die jährliche Haushaltszuweisung für das Pentagon erfolgt zum einen der Sache („Authorization“) und zum anderen der Höhe („Appropriations“) nach. Beide Haushaltszuweisungspfade sollen jeweils zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres, dem 1. Oktober des Vorjahres, abgeschlossen sein.

Die Entscheidung zu Gunsten des Verteidigungsbewilligungsgesetzes 2019 (H.R. 6157) fiel am 26. September 2018 im Repräsentantenhaus mit 361:61 Stimmen, wobei neben 176 Mitgliedern der republikanischen Mehrheitsfraktion auch 185 Demokraten für die Gesetzesvorlage stimmten. 56 Republikaner und 5 Demokraten sprachen sich gegen die Vorlage für den Rüstungshaushalt 2019 aus.

Der Senat hatte den Bericht des Vermittlungsausschusses zur Defense Appropriation 2019 12 Tage zuvor, am 18. September 2018, mit 93:7 Stimmen verabschiedet. Lediglich sechs Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion, nämlich die Senatoren Jeff Flake (Arizona), Mike Lee (Utah), Rand Paul (Kentucky), David Perdue (Georgia), Ben Sasse (Nebraska) und Pat Toomey (Pennsylvania) sowie der unabhängige Senator Bernie Sanders (Vermont) stimmten gegen die Gesetzesvorlage.

Präsident Donald Trump hat der Vorlage zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2019 am 28. September 2018, also drei Tage vor dem offiziellen Beginn des neuen Haushaltsjahres, mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen (Public Law 115-245).

Der Verteidigungshaushalt für das Haushaltsjahr 2019 hat einen Gesamtumfang von 674,6 Mrd. USD („discretionary budget authority“), wobei 606 Mrd. USD für die Aktivitäten des Pentagon und 68,1 Mrd. USD für die laufenden Kampfhandlungen („Overseas Contingency Operations“, OCO) im Rahmen des sogenannten *Global War on Terrorism* (GWOT) vom Kongress bewilligt wurden.

Präsident Trump hatte vom Kongress für das Haushaltsjahr 2019 Rüstungsausgaben in Höhe von 675,5 Mrd. USD verlangt und der Kongress ist dem im Großen und Ganzen gefolgt.

Damit ist der amerikanische Rüstungshaushalt in den vergangenen beiden Haushaltsjahren um die gigantische Summe von 165 Mrd. USD gewachsen. Rechnet man zum laufenden Rüstungshaushalt 2019 in Höhe von 674,6 Mrd. USD noch die Ausgaben in Höhe von fast 50 Mrd. USD für die so genannte Heimatverteidigung („Homeland

Security“) sowie für die Geheimdienste, die bei geschätzt etwa 90 Mrd. USD jährlich liegen sollen, hinzu, dann wenden die USA derzeit insgesamt mehr als 800 Mrd. USD jährlich für den Bereich der nationalen Sicherheit auf.

Den Republikanern im Kongress scheint das allerdings noch nicht zu reichen. „To truly restore strength, efficiency, and agility to the military, fully funding the Pentagon on time has to be the rule in Washington, not the exception“, so der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, William McClellan “Mac” Thornberry (R-Texas).

Thornberry hob hervor, dass die USA über die vergangenen acht Jahre zu wenig für die Verteidigungsfähigkeit der USA getan hätten. Deshalb sorge die Appropriations Bill nun dafür, dass 22,9 Mrd. USD dafür bereitgestellt würden, um die Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte zu verbessern und 43,5 Mrd. USD, um die Luftwaffe zu modernisieren sowie 38,2 Mrd. USD, um die Kampfbereitschaft der Marine zu erhöhen.

Neben der Verteidigungsbewilligung („Defense Appropriations“) hat der Kongress auch die Verteidigungsgenehmigung („Defense Authorization“) für das Haushaltsjahr 2019 fristgerecht, also vor dem 1. Oktober 2018, abgeschlossen.

Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage des Vermittlungsausschusses (vgl. Congress Report, 33, 2018, Heft 5-8, S. 9-11) zum so genannten „John S. McCain National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2019, H.R. 5515“ mit 359:54, der Senat mit 87:10 Stimmen verabschiedet. Präsident Donald Trump hat die Gesetzesvorlage am 13. August 2018 unterzeichnet und ihr damit Gesetzeskraft verliehen (*Public Law 115-232*).

Der *National Defense Authorization Act* (NDAA) 2019 sieht für die Aufgaben des Pentagon im neuen Haushaltsjahr insgesamt 708 Mrd. USD vor, wovon 639 Mrd. USD auf das „Base Budget“ des *Department of Defense* und 69 Mrd. USD auf so genannte *Overseas Contingency Operations* entfallen sollen.

Mit Blick auf das kontroverse Gefangenenlager in Guantanamo Bay, wo derzeit noch 40 Terrorismusverdächtige festgehalten werden, untersagt der Kongress ein weiteres Mal die Entlassung von Gefangenen und die Schließung der Einrichtung (Abschnitte 1031 – 1035 des *National Defense Authorization Act 2019*). So heißt es in Abschnitt 1033 des Gesetzes:

„No amounts authorized to be appropriated or otherwise made available for the Department of Defense may be used during the period beginning on the date of the enactment of this Act and ending on December 31, 2019, to transfer, release, or assist in the transfer of or release to or within the United States, its territories, or possessions Khalid Sheikh Mohammed or any other detainee who (1) is not a United States citizen or a member of the Armed Forces of the United States; and (2) is or was held on or after January 20, 2009, at United States Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba, by the Department of Defense.“

Mit Blick auf den INF-Vertrag über die Abrüstung von nuklearen Mittelstreckenwaffen aus dem Jahr 1987, der am 1. Juni 1988 in Kraft getreten ist und den USA und der Russischen Föderation (vormals Sowjetunion) die Stationierung solcher Waffen untersagt, hält der Kongress in Abschnitt 1244 des NDAA 2019 fest, dass Moskau den Vertrag verletzt („material breach of the INF treaty“). Ferner unterstreicht der Kongress: „(I)n light of the Russian Federation’s material breach of the INF Treaty, the *United States is legally entitled to suspend the operation of the INF Treaty in whole or in part for so long as the Russian Federation continues to be in material breach of the INF Treaty*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Präsident Trump hat den INF-Vertrag in der zweiten Oktoberhälfte 2018 für tot erklärt und angedeutet, dass die USA das Abkommen über das Verbot von nuklearen Mittelstreckenwaffen aufkündigen wollen. Sein derzeitiger Sicherheitsberater John Bolton war kurz darauf nach Moskau gereist, um die russische Regierung über die Haltung der USA zum Vertrag und die Vertragsverletzungen Russlands offiziell in Kenntnis zu setzen.

Der Kongress hat im Rahmen des NDAA 2019 auch erneut die Bedeutung der NATO für die Weltordnungspolitik der USA unterstrichen und die unverrückbare Bündnisverpflichtung der USA im Rahmen des Nordatlantikrates hervorgehoben (vgl. Congress Report 33, 2018, Heft 5-8, S. 4-7). In Abschnitt 1248 des NDAA 2018 heißt es dazu: „To protect the national security of the United States and fulfill the *ironclad commitment of the United States to its obligations under the North Atlantic Treaty*, it is the policy of the United States to pursue, in full coordination with the North Atlantic Treaty Organization (NATO), an integrated approach to *strengthening the defense of allies and partners in Europe as part of a broader, long-term strategy backed by all elements of United States national power to deter and, if necessary, defeat Russian aggression* (Hervorhebung durch die Redaktion).“

Donald Trump hatte die nordatlantische Sicherheitsgemeinschaft zu Beginn seiner Präsidentschaft als „veraltet“ bezeichnet und im Rahmen des NATO-Gipfels in Brüssel 2018 noch einmal unterstrichen, dass die NATO-Partner mehr und die USA für die Allianz weniger auszugeben hätten. „We’re the schmucks that are paying for the whole thing“ wurde Trump im Vorfeld des Gipfeltreffens zitiert, was die Sorge hatte aufkeimen lassen, dass die USA ihre Bündnistreue im Rahmen der Militäralliance relativieren könnten. Diesem Eindruck hat sich der Kongress im Rahmen des NDAA 2019 klar entgegengestellt und das mit großen zwischenparteilichen Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat.

Im Rahmen des NDAA 2019 hat der Kongress unter anderem auch die Verstärkung der Rüstungskoooperation mit Israel beschlossen. So heißt es in Abschnitt 1273 des Gesetzes: „The President is authorized to conduct a joint assessment with the Government of Israel with respect to the matters described in paragraph (2).—The matters described in this paragraph are the following: (A) The quantity and type of precision guided munitions



that are necessary for Israel to combat Hezbollah in the event of a sustained armed confrontation between Israel and Hezbollah. (B) The quantity and type of precision guided munitions that are necessary for Israel in the event of a sustained armed confrontation with other armed groups and terrorist organizations, such as Hamas. (C) The resources the Government of Israel would need to dedicate to acquire such precision guided munitions. (D) United States planning to assist Israel to prepare for a sustained armed confrontation described in subparagraph (A) or (B), as well as the ability of the United States to resupply Israel in the event of such a confrontation.“

Schließlich verlangt der Kongress im Rahmen des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes innerhalb von 180 Tagen nach Inkrafttreten des NDAA 2019 einen Bericht des Pentagon zu den militärischen Aktivitäten der USA im Niger. Diese waren nach der Amtsübernahme Donald Trumps mit Verweis auf die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus in Afrika in der Republik Niger erheblich ausgeweitet worden. Dazu verlangt der Kongress von der Trump-Administration nun in Abschnitt 1276 des NDAA 2019: „A justification of the relevance of such objectives in Niger to the national security of the United States and to the objectives in the National Defense Strategy.“

Senator Timothy Michael „Tim“ Kaine (D-Virginia), sowohl Mitglied des Senate Foreign Relations Committee als auch des Senate Armed Services Committee, hat Verteidigungsminister James Mattis in diesem Zusammenhang am 2. Oktober 2018 in einem Brief zur Aufklärung von Berichten über die Ausweitung der Drohnenoperationen durch Pentagon und CIA im Niger aufgefordert. Das Schreiben kann eingesehen werden unter: <https://www.scribd.com/document/390037794/Kaine-Presses-Trump-Administration-on-the-Expansive-Use-of-Collective-Self-Defense-to-Justify-Military-Action-That-Bypasses-Congress>.

Kaine befürchtet die Ausweitung des Krieges gegen den internationalen Terrorismus ohne eine vorherige Einbindung und Zustimmung des Kongresses. Der Senator wirft der Trump-Administration in seinem Schreiben vor, dass sie die verfassungsmäßige Verantwortung der Legislative im Rahmen der so genannten *War Powers* (darunter. „the power to declare war“, Artikel I, 8 der amerikanischen Verfassung) umgehe. „The unintended consequences of this policy could be grave“, so Kaine, „and it raises the possibility of inadvertently becoming entangled in other countries‘ conflicts...“. Der Senator verlangt von Verteidigungsminister Mattis im Rahmen der Operationen im Niger Aufklärung darüber, welche Begründung die Trump-Administration dort im Rahmen ihres bezeichneten Rechts auf Selbstverteidigung gegenüber feindlichen Kämpfern („combatants“) ins Feld führt, „who pose no direct threat to the U.S., its territorial possessions, embassies, consulates, Armed Forces or persons, nor are covered by the 2001 or 2002 AUMFs?“. Gemeint ist vor allem die *Authorization for Use of Military Force* (AUMF) aus dem Jahr 2001 (*Public Law 107-40*), die von der Exekutive immer wieder dazu herangezogen wurde, um den weltweiten Einsatz amerikanischer Streitkräfte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu begründen (vgl. Congress Report 33, 2018, Heft 5-8, S. 18-20).

#### 4. VN-Botschafterin Nikki Haley kündigt Rücktritt zum Jahresanfang 2019 an

Die Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, hat Anfang Oktober 2018 überraschend den Rücktritt von ihrem Amt spätestens im Januar 2019 angekündigt. In einem gemeinsamen Auftritt versicherten sich Haley und Präsident Trump ihre gegenseitige Unterstützung und große Zufriedenheit über ihre Zusammenarbeit.

Obwohl Präsident Trump bekundete, er habe bereits seit mehreren Monaten von Haleys Plänen gewusst, verblüffte die ohne Vorwarnung kommende Ankündigung politische Beobachter ebenso wie die Republikanische Partei. Nikki Haley ist einer der wenigen „Stars“ der Trump-Administration, die über die Parteigrenzen hinweg Respekt genießt.

In ihrem Rücktrittsgesuch bedankte sich Haley nachdrücklich bei Präsident Trump für die Chance als Teil seiner Administration der Nation dienen zu können. Als Grund für ihren Rückzug nannte sie ihren Wunsch, nach ihrer langen Karriere in öffentlichen Ämtern, unter anderem als Gouverneurin von South Carolina, in den privaten Sektor zurückkehren zu wollen.

Als ihre größten Erfolge nannte sie die verschärften Sanktionen gegen Nordkorea, für die sie Unterstützung Chinas und Russlands gewinnen konnte, sowie die Budgeteinsparungen und die Reorganisation der Vereinten Nationen. Weniger überzeugende Momente wie die Auseinandersetzungen mit europäischen und anderen Verbündeten um die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und den irritierenden Auftritt Präsident Trumps vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York ließ sie unerwähnt.

Das Timing und die Form von Haleys Rücktrittserklärung hat zu verbreiteten Spekulationen über ihre Motive und Zukunftspläne geführt. Obwohl Haley Präsident Trump ihre Unterstützung für seine Wiederwahl 2020 zugesagt hat, sind ihre eigenen politischen Ambitionen ein offenes Geheimnis.

Ein naheliegendes Motiv für ihren überraschenden Rücktritt mag es sein, mit ihrem gewonnenen Prestige einen hoch dotierten Job in der Privatwirtschaft anzunehmen, der es ihr erlaubt, die finanzielle Basis für eine zukünftige Bewerbung um das Präsidentenamt zu schaffen.

Nicht zu übersehen sind zudem die politischen Spannungen zwischen Nikki Haley und Verteidigungsminister James Mattis auf der einen Seite und Außenminister Mike Pompeo und Sicherheitsberater John Bolton auf der anderen Seite um die Ausrichtung der Außenpolitik der USA. Nach der Ankündigung neuer Sanktionen gegen Russland im April 2018 wurde Haley von einem Mitarbeiter des Präsidenten als „etwas verwirrt“ („confused“) bezeichnet. Die Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen kommentierte das öffentlich mit der Bemerkung: „With all due respect, I don't get confused“.

Haley gilt in der Sache nicht weniger konservativ als Mike Pompeo. Ihr Stil ist allerdings diplomatischer und geschliffener, was nichts daran ändert, dass sie Trumps nationalistischen, unilateralen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA voll unterstützt.

Als ihre Nachfolgerin wurde zunächst Dina Powell, gegenwärtig bei der Investment Bank *Goldman Sachs* tätig, genannt, die das aber zwischenzeitlich dementiert hat. Die Neubesetzung der Position des Botschafters bei den Vereinten Nationen wirft ein Schlaglicht auf einen allgemein zu erwartenden breiteren Personalwechsel in der Trump-Administration zum Jahresende. Die Rede ist von Trumps Stabschef im Weißen Haus, John Kelly, über Justizminister Jeff Sessions und dessen Stellvertreter, Rod Rosenstein, bis hin zu Verteidigungsminister James Mattis.

## **5. Harsche Kritik im Kongress an Präsident Trumps Reaktion im Fall Khashoggi**

Demokraten wie Republikaner im Kongress haben nach der Ermordung des saudischen Staatsbürgers und Journalisten der *Washington Post*, Jamal Khashoggi, im Istanbuler Konsulat seines Landes am 2. Oktober 2018 scharfe Kritik an der Reaktion von Präsident Trump geübt.

Trump hatte auf erste Nachrichten über die brutale Mordtat mehr als defensiv reagiert, sich auf eine unsichere Faktenlage zurückgezogen, und sich dann entgegen allen Tatsachen auf die in Gerichtsverfahren übliche Unschuldsvermutung zugunsten der saudischen Regierung berufen.

Das wurde als vorschnelle Parteinahme zu Gunsten der Regierung Saudi Arabiens und insbesondere Kronprinz Mohammed bin Salmans (MBS) interpretiert. Der Präsident und sein Schwiegersohn und Regierungsberater Jared Kushner scheinen in der Politik gegenüber Riad unverdrossen vor allem auf persönlich gute Beziehungen zu MBS zu setzen, der aber in Verdacht steht, Drahtzieher der Ermordung Khashoggis zu sein.

Von Hoffnungen auf ein palästinensisch-israelisches Friedensabkommen über die Lösung des Syrien-Konflikts bis hin zur Einhegung der Machtbestrebungen des Iran in der Region setzt Trump auf die Unterstützung Saudi-Arabiens. In seinen bisherigen öffentlichen Stellungnahmen zum Fall Kashoggi nahm der Präsident auch auf die milliarden-schweren Waffenbestellungen Riads Bezug, die vorgeblich sehr viele amerikanische Arbeitsplätze sichern.

Senator Lindsey Graham (R-South Carolina), dem ein enges Verhältnis zu Donald Trump nachgesagt wird, hat nun den Rücktritt von Kronprinz Mohammed bin Salman von seinen politischen Ämtern und eine komplette Neuordnung der amerikanischen Politik gegenüber Saudi-Arabien gefordert. Sein Fraktionskollege Senator Bob Corker (R-Tennessee), der Vorsitzende des *Foreign Relations Committee* des Senats, schloss sich

der Kritik an Präsident Trump und der saudischen Führung an. Als Vorsitzender des Außenausschusses forderte Corker zudem nach Maßgabe des *Global Magnitsky Act* (*Public Law 112-208*) die Untersuchung der Vorgänge im saudischen Konsulat in Istanbul und Sanktionen gegen die Regierung in Riad. Unter den Bestimmungen des „Magnitsky Act“ kann der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses einen Bericht der Administration und Sanktionsmaßnahmen innerhalb einer Frist von 120 Tagen verlangen.

Noch einen Schritt weiter ging Senator Rand Paul (R-Kentucky), ebenfalls ein Unterstützer des Präsidenten, mit der Forderung, alle Waffengeschäfte mit Saudi Arabien zu überprüfen und einzustellen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass Präsident Trump den Forderungen von Senator Paul nachkommt. Die breite Front der Kritik hat die Administration aber nun dazu veranlasst, Konsequenzen in der Mord-Affäre zu fordern.

## **6. Kongress verabschiedet Gesetz gegen Opiat-Missbrauch mit breiten Mehrheiten**

Der Senat hat am 3. Oktober 2018 mit 98:1 Stimmen ein Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Opiat-Medikamenten verabschiedet. Das Repräsentantenhaus hatte die Gesetzesvorlage bereits eine Woche zuvor ebenfalls mit einer breiten überparteilichen Mehrheit von 396:14 Stimmen angenommen.

Das Gesetz zielt darauf ab, den wachsenden Missbrauch von Schmerz-Medikamenten auf Opiat-Basis einzuhegen, dem jährlich Zehntausende von Amerikanern zum Opfer fallen.

Das Gesetz erlaubt und finanziert insbesondere

- die Behandlung der Opiat-Abhängigkeit unter *Medicaid*, dem von Bund und Einzelstaaten gemeinsam getragenen Programm zur Krankenversicherung von Personen mit geringem Einkommen;
- die Förderung der Forschung von nicht Opiat-basierten Medikamenten, die das Risiko einer Medikamenten-Abhängigkeit verringern sollen.

Der Kongress hat im laufenden Haushaltsjahr bereits zusätzliche Mittel von ca. 4 Mrd. USD für diese Zwecke bereitgestellt. Kritiker wenden jedoch ein, dass eine effektive Bekämpfung der Opiat-Abhängigkeit einen weit größeren finanziellen Einsatz erfordere.

Das mit Unterstützung von Präsident Donald Trump verabschiedete Gesetz ist ein seltene Beispiel überparteilicher Zusammenarbeit, wenngleich die Effektivität der beschlossenen Maßnahmen abzuwarten bleibt.

## 7. Senat nimmt Abschied von John McCain

Der Senat hat Abschied genommen von John McCain (R-Arizona), dem Vorsitzenden des *Senate Armed Services Committee*, der am 25. August 2018 an den Folgen eines Gehirntumors verstorben ist. John Sidney McCain III, aus einer prominenten Soldatenfamilie stammend, wurde 81 Jahre alt.

Der Senat verliert mit ihm einen konservativen Republikaner alter Schule, der aus seiner Ablehnung der populistischen und nationalistischen Rhetorik und Programmatik Donald Trumps keinen Hehl machte und zu den wenigen einflussreichen Republikanern in den USA zählte, die sich getraut haben, den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten öffentlich zu kritisieren.

John McCain wurde am 29. August 1936 in der sogenannten Panamakanalzone als Sohn eines Marineoffiziers geboren und erhielt sein Offizierspatent 1958 nach Abschluss der *United States Naval Academy* in Annapolis, Maryland. Anschließend diente er als Kampfpilot im Vietnam-Krieg und wurde im Oktober 1967 von der nordvietnamesischen Luftabwehr abgeschossen. In nordvietnamesischer Kriegsgefangenschaft wurde er brutal misshandelt und trug dabei Verletzungen davon, die ihn den Rest seines Lebens begleiteten. Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft im März 1973 diente er noch bis 1981 in der amerikanischen Marine, um sich dann 1982 erfolgreich um einen Sitz im Repräsentantenhaus zu bewerben. Nach zwei Amtsperioden als *Congressman* wurde er 1986 für den Bundesstaat Arizona als Nachfolger des erzkonservativen Republikaners Barry Goldwater in den Senat gewählt. McCain bewarb sich zunächst im Jahr 2000 um die republikanische Präsidentschaftskandidatur, unterlag jedoch Gouverneur George W. Bush aus Texas, der zum 43. Präsidenten der USA gewählt wurde. Im Jahr 2008 trat McCain dann als Präsidentschaftskandidat der Republikaner gegen Barack Obama an, dem er jedoch unterlag.

Xenophoben und rassistischen Strömungen in der republikanischen Partei trat der Senator stets entschieden entgegen. Seine sechste Wiederwahl in den Senat gewann McCain im Jahr 2016 mit 54 Prozent der abgegebenen Stimmen. Donald Trump konnte den Bundesstaat in den Präsidentschaftswahlen 2016 ebenfalls für sich gewinnen, aber McCain, der auch schon den Ideologen der *Tea Party*-Bewegung in seiner Partei sehr kritisch und distanziert gegenüberstand, ließ früh erkennen, dass er die polarisierende Rhetorik Trumps nicht teilte. Trump hatte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 in einem Kommentar eine Bemerkung zur Wahlniederlage McCains in der Präsidentschaftswahl 2008 gemacht. „I never liked him as much after that, because I don't like losers“, so Trump, der dann noch hinzufügte: „He's a war hero because he was captured. I like people that weren't captured, OK?“. McCain, der in nordvietnamesischer Kriegsgefangenschaft über fünf Jahre immer wieder gefoltert worden war, verzichtete daraufhin auf den Besuch des Nominierungsparteitags der Republikaner in Cleveland 2016.

Als traditionaler, konservativer Internationalist distanzierte sich McCain zuletzt in seinem lesenswerten, 2018 erschienenen Buch mit dem Titel: „The Restless Wave. Good

Times, Just Causes, Great Fights, and Other Appreciations“ von der America First-Agenda Trumps. So findet sich dort auf Seite 9 folgende bemerkenswerte Aussage des Republikaners McCain, die auch als Botschaft an den derzeitigen republikanischen Präsidenten verstanden werden kann: „To fear the world we have organized and led for three-quarters of a century, to abandon the ideals we have advanced around the globe, to refuse the obligations of international leadership for the sake of some half-baked, spurious nationalism cooked up by people who would rather find scapegoats than solve problems is unpatriotic. American nationalism isn't the same as in other countries. It isn't nativist or imperial or xenophobic (...). We have a moral obligation to continue in our just cause, and we would bring more shame on ourselves if we let other powers assume our leadership role, powers that reject our values and resent our influence. We will not thrive in a world where our leadership and ideals are absent. We wouldn't deserve to.“

Senator McCain kritisierte immer wieder auch die scharfe parteilpolitische Polarisierung im politischen System Washingtons, die er unverblümt mit tribalistischen Strukturen verglich. So findet sich in seinem „Farewell Statement“ kurz vor seinem Tode folgende Passage: „We weaken our greatness when we confuse our patriotism with tribal rivalries that have sown resentment and hatred and violence in all corners of the globe. We weaken it when we hide behind walls, rather than tear them down, when we doubt the power of our ideals, rather than trust them to be the great force for change they have always been.“

McCain gehörte zu den wenigen Republikanern, die auch die Politik der „Detention“ und „Rendition“ der Bush-Administration nach dem 11. September 2001 und hier vor allem die Rolle der CIA offen und scharf kritisierten. Den CIA-Direktoren George Tenet, Porter Goss und Michael Hayden warf McCain in seinem 2018 erschienenen, letzten Buch vor, das Weiße Haus und den Kongress über die Folterpraxis gegenüber Terrorismusverdächtigen zwischen 2002 und 2006 in die Irre geführt und gegenüber den Medien bewusst falsche Informationen verbreitet zu haben (S. 100).

Die so genannten „Enhanced Interrogation Techniques“ hätten keine sicherheitsrelevanten Informationen zutage gefördert und der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik schweren Schaden zugefügt. Entsprechend initiierte Senator McCain im Jahr 2005 nicht nur den Detainee Treatment Act, sondern stellte sich auch hinter die Demokratin Dianne Feinstein (California), die im Dezember 2014 als damalige Vorsitzende des Senate Select Committee on Intelligence, auch gegen den Widerstand aus den Reihen der Obama-Administration, einen detaillierten Untersuchungsbericht zum geheimen Verhörprogramm der CIA von Terrorismusverdächtigen nach 2001 veröffentlichte (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 11-12, S. 8-13). An die Adresse Trumps in diesem Zusammenhang gerichtet, hielt der Senator in seinem Buch auf Seite 103 Folgendes fest: „In the following presidential campaign season that was soon to begin, the eventual Republican nominee and next President of the United States insisted torture „absolutely works“ and swore he would bring back waterboarding „and worse“. His statement was made out of ignorance, attributable to his lack of experience

in a role related to the defense of this country. It also exposed his apparent lack of appreciation for the importance of our values to our security, and for the understanding that simple human decency is as essential to the souls of nations as it is to the souls of people.“

Die Nachfolge von John McCain als Vorsitzender des Senate Armed Services Committee hat der Republikaner James M. Inhofe (Oklahoma) angetreten, dem der Ruf vorausseilt, sich Präsident Trump politisch bereitwilliger unterzuordnen als sein Amtsvorgänger.

## **8. Ausgang der Zwischenwahlen 2018 unsicher**

Die Zwischenwahlen zum Kongress und in den Einzelstaaten („Midterm Elections“) am 6. November 2018 stehen unter den Vorzeichen großer Unsicherheit über den Ausgang. Von hoher Bedeutung ist insbesondere die Frage, welche Partei die Mehrheiten im US-Repräsentantenhaus und Senat des 116. Kongress stellt.

Bereits jetzt zeichnet sich eine deutlich höhere Wahlbeteiligung ab. Offen ist jedoch, ob und inwieweit die Demokraten hiervon profitieren können. Die Republikaner hoffen darauf, dass sie gegen die „blaue Welle“ (*Blue Wave*) der Demokraten ihre eigene Basis mobilisieren und eventuell sogar ihre Mehrheit im Senat ausbauen können.

Erfahrungsgemäß gelten für die Wahlen zwischen Präsidentschaftswahljahren zwei mehr oder minder eherne Regeln: Zum einen verliert die Partei des Präsidenten Sitze in den Kongress- und Einzelstaatswahlen, zum anderen sinkt die Wahlbeteiligung deutlich ab.

Die Sitzverluste der Partei des amtierenden Präsidenten in den Zwischenwahlen halten sich zumeist in Grenzen, haben aber zum Beispiel 1994, 2006 und 2010 zu einem Mehrheitswechsel im Repräsentantenhaus geführt.

Zugewinne der regierenden Partei sind dagegen in den Zwischenwahlen eine seltene Ausnahme und an besondere Umstände geknüpft wie das Amtsenthebungsverfahren („Impeachment“) des republikanisch kontrollierten Kongress gegen den populären Präsidenten Bill Clinton 1998 oder die Situation nach den Terrorangriffen des 11. September in den Zwischenwahlen 2002 während der Präsidentschaft George W. Bushs.

Die historische Regel ist eng verknüpft mit dem Abfall der Wahlbeteiligung in den Zwischenwahlen. Die Wahlbeteiligung in den USA liegt in Präsidentschaftswahljahren zumeist zwischen 50 und 60 Prozent. In den Zwischenwahljahren sinkt die Beteiligung jedoch auf Werte von 40 Prozent oder weniger ab. Während nach konventionellen Einschätzungen die Anhänger des amtierenden Präsidenten eher enttäuscht und wenig motiviert sind, mobilisiert die Frustration angesichts der Politik der Mehrheitspartei oftmals die Opposition.

Zu erwarten bleibt, dass diese Regeln auch den Trend in den Zwischenwahlen von 2018 bestimmen werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Repräsentantenhaus- und Senatswahlen unterschiedlichen Mustern folgen. Während das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre auf nationaler Basis neu gewählt wird, steht jeweils nur ein Drittel der Senatorinnen und Senatoren zur Wahl an.

Die Landkarte der Senatswahlen 2018 konfrontiert die Demokraten mit hohen Hürden. Während die Demokraten 26 Sitze verteidigen müssen, sind es auf der Seite der Republikaner nur 9 Sitze. Neben den regulären 33 Senatssitzen stehen Nachwahlen in Minnesota und Mississippi an.

In den Repräsentantenhauswahlen gilt es als sicher, dass die Demokratische Partei Sitze hinzugewinnen wird. Offen ist jedoch die Frage, ob die Zugewinne ausreichen, um einen Mehrheitswechsel herbeizuführen. Aktuell stellen die Republikaner 235 Abgeordnete und die Demokraten 193, bei 7 Vakanzen. 218 Sitze sind die numerische Marke für die Kontrolle der Kammer.

Auf der Basis laufender Umfragen geht der Wahlexperte Nate Silver (fivethirty-eight.com) beispielsweise davon aus, dass die Demokraten eine über 80-prozentige Chance haben, eine Mehrheit im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Andere profilierte Wahlbeobachter wie Charlie Cook (www.cookpolitical.com) oder der Politikwissenschaftler Larry Sabato (www.centerforpolitics.org/crystalball/) bieten ähnliche Einschätzungen.

Ganz anders präsentieren sich die Trends in den Senatswahlen. Die Republikaner hatten sich im Vorfeld der Wahlen Hoffnungen auf merkliche Zugewinne im Senat gemacht, weil die Demokraten 10 Sitze in Einzelstaaten verteidigen müssen, die Donald Trump 2016 zum Teil mit überwältigender Mehrheit gewonnen hat. Dies betrifft insbesondere North Dakota, Missouri, Montana und West Virginia.

Allerdings scheinen vor allem die demokratischen Senatoren in den so genannten *Rust-Belt States*, von Pennsylvania über Ohio bis Minnesota, die Präsident Trump 2016 überraschend für sich gewinnen konnte, auf der sicheren Seite zu stehen. Problematisch ist dagegen die Situation für die Demokraten in republikanisch eingefärbten, mehr ländlich geprägten Einzelstaaten (Red States).

Vor allem die demokratischen Senatorinnen Heidi Heitkamp (North Dakota) und Claire McCaskill (Missouri) stehen angesichts zugkräftiger Gegenkandidaten unter starkem Druck. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist Senator Joe Manchin (D-West Virginia), der sich in Umfragen ungeachtet der politischen Großwetterlage in West Virginia von seinem republikanischen Gegenkandidaten, Patrick Morrissey, deutlich absetzen kann.

Chancen auf Zugewinne rechnen sich die Demokraten in Arizona und Nevada aus. Nach dem Abtritt von Senator Jeff Flake liefern sich in Arizona zwei Bewerberinnen, Martha McSally (R) und Kyrsten Sinema (D), ein Kopf-an-Kopf-Rennen. In Nevada sieht sich



der republikanische Senator Dean Heller ebenfalls mit einer schlagkräftigen Kontrahentin, Jacky Rosen (D) konfrontiert.

In einer Reihe von weiteren Einzelstaaten, von Indiana über Montana bis zu Florida, gilt der Ausgang der Senatswahlen gleichermaßen als unsicher. Doch mit Blick auf das Gesamtbild weisen die Prognosen darauf hin, dass die Republikaner gute Chancen haben, ihre knappe Mehrheit im Senat zu verteidigen.

Der bereits zitierte Wahlexperte Nate Silver beziffert, ähnlich wie seine Kollegen, die Aussichten der Republikaner, ihre Mehrheit im Senat behaupten zu können, auf knapp über 80 Prozent. Darüber hinaus könnten die Republikaner ihre knappe Mehrheit von 51 gegen 49 Sitzen noch etwas ausbauen.

Anzumerken bleibt, dass Anfang November auch in 36 Staaten Gouverneurswahlen und Wahlen für die Legislativen der Einzelstaaten abgehalten werden. Aufgrund der breiten regionalen Streuung können die Demokraten ebenfalls mit mehr oder minder deutlichen Zugewinnen rechnen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Wahlen in einzelnen Staaten nicht unbedingt dem Bundestrend folgen.

Mit großem Interesse wird vor allem der Gouverneurswahlkampf in Georgia verfolgt. In dem traditionell republikanisch eingefärbten Bundesstaat tritt mit Stacey Abrams erstmals eine schwarze Demokratin gegen den Republikaner Brian Kemp an. Der Wahlausgang wird als offen eingestuft, doch es ist herauszustreichen, dass Abrams immerhin Aussichten auf einen Sieg eingeräumt werden.

Die besonders hohe Unsicherheit über den Ausgang der Kongress- und Einzelstaatenwahlen 2018 ist größtenteils auf die Unsicherheit darüber zurück zu führen, welche Wählergruppen sich mit welchem Anteil an den Wahlen beteiligen werden.

Die Demokraten setzen primär auf die Mobilisierung von Frauen, Minderheiten und gut ausgebildeten und jungen Wählern. Jungwähler (unter 35 Jahren), die mehrheitlich den Demokraten zuneigen, beteiligen sich beispielsweise in den Zwischenwahlen zumeist nur mit 20 bis 25 Prozent und bieten den Demokraten ein enormes Mobilisierungspotential. Ob sich ihre in den aktuellen Umfragen dokumentierte Beteiligungsbereitschaft tatsächlich in Wählerstimmen ummünzen lässt, ist jedoch schwer abzuschätzen.

Auf der Gegenseite versuchen die Republikaner unter Verweis auf die gute Wirtschaftslage und durch den massiven Einsatz Präsident Trumps, mit fast täglichen Wahlkampfauftritten in den wichtigsten Bundesstaaten, ihre Basis ebenfalls zum Urnengang zu bewegen. Wiederum ist die entscheidende Frage, wie effektiv die republikanische Gegenmobilisierung in den politisch hoch turbulenten Tagen des Wahlkampfendspurts ausfällt.

**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)